

Haushalt und Finanzen 2020



Rede des Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion, Carsten Rampe, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2020 am 11. Dezember 2019

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste,

Haushaltsdebatten sind ja ein bisschen so etwas wie Generaldebatten im Kreistag. Ich möchte deshalb auch mit einem generellen Punkt anfangen, der mich in letzter Zeit erheblich beschäftigt. Vielleicht geht es Ihnen ja genauso – und keine Angst, ich komme auf einem kleinen Umweg auch gleich zum Haushaltsentwurf.

Aber der Punkt, mit dem ich heute beginnen möchte, hat mit der Meldung des nordrhein-westfälischen Innenministeriums zu tun, die uns vermutlich alle vor ein paar Wochen erreicht hat. Wir haben eine Hotlinenummer bekommen, an die wir uns wenden können, sollten wir bedroht werden.

Das ist sicherlich im Kontext des erschütternden Mordes an Walter Lübcke, dem Kasseler Regierungspräsidenten, zu sehen. Das Ministerium will verhindern, dass auch bei uns Bedrohungslagen entstehen, es will präventiv tätig werden, was sicher loblich ist. Allerdings führt uns diese Hotlinenummer leider auch drastisch vor Augen, wie weit es eigentlich schon gekommen ist.

Wir hier im Kreistag streiten uns engagiert miteinander. Es ist sicher schon mal vorgekommen, dass sich jemand im Ton vergriffen hat. Aber insgesamt läuft die Diskussion hier kontrovers, sachorientiert und durchaus freundlich. So soll es sein, so wünsche ich mir, dass es auch weitergeht.

Dennoch ist es mittlerweile so weit gekommen, dass man für uns Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker Schutzmaßnahmen ergreifen muss, dass man uns eine Stelle geben muss, an die wir uns gesondert wenden können, wenn wir bedroht werden.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen dabei geht, aber ich finde es schwer bei diesem Gedanken Kommunalpolitik mit Spaß und Freude zu machen. Und mir wird geradezu schlecht bei dem Gedanken, dass wir diejenigen, die die verbale Gewaltschraube immer weiter drehen, vielleicht im nächsten Kreistag sitzen haben könnten. Mir ist ganz egal, ob wir sie Rechtspopulisten, Rechtsradikale oder Rechtsextreme nennen. Mir ist nur klar: Sie versuchen sich im Mantel der Bürgerlichkeit zu kleiden und sich damit in die Normalität einzuschleichen. Und sie wollen, dass Menschen wie wir, die sich kommunalpolitisch engagieren, in Zukunft Angst haben müssen.

Ich will mir meine Arbeit davon nicht kaputt machen lassen. Ich will mir nicht verderben lassen, dass ich an der Kommunalpolitik hier im Kreistag und bei mir zu Hause in Billerbeck immer noch wirklich viel Spaß habe. Und hier im Münsterland haben diese neuen Rechten bisher kaum einen Fuß auf die Erde bekommen – und das ist gut so.

Vielleicht ist es aber an der Zeit, wenn wir solche Hotlinenummern bekommen, dass auch wir uns verstärkt Gedanken machen müssen über demokratische Bildung, über die Bekämpfung

autoritären und fremdenfeindlichen Gedankenguts. Vielleicht müssen wir klarmachen, dass es keinen Weg zurück in die Vergangenheit gibt, den manche sich vielleicht klammheimlich wünschen.

Deshalb ist einer meiner Wünsche für das neue Jahr hier im Kreistag – und der kostet uns erst mal nichts und ist deshalb auch nicht haushaltsrelevant, dass wir darüber sprechen, was wir tun können, um den Extremismus zu bekämpfen, bevor er entsteht. Denn wir sind im Kreis Coesfeld und im Münsterland keine Insel der Glückseligkeit.

Wir haben zwar nicht die Wahlergebnisse, die in den ostdeutschen Bundesländern entstanden sind. Aber wir sollten nicht glauben, dass es dieses Gedankengut nicht auch bei uns gibt. Und deshalb würde ich mich freuen, wenn wir darüber im neuen Jahr reden würden. Vielleicht kann darüber ja auch so etwas wie eine Werbeveranstaltung für das demokratische, tolerante und offene Miteinander entstehen.

Denn wie gesagt: Unsere Beratungen miteinander sind nicht immer vergnügungssteuerpflichtig. Aber sie zeigen sehr gut, wie Demokratie funktioniert. Und wie sie bei uns im Kreis Coesfeld funktioniert, haben auch diese Haushaltsberatungen bisher gezeigt: Ziemlich ordentlich, würde ich mal sagen.

Wir haben gute Kompromisse gefunden. Und ich bin dankbar dafür, dass ich das produktive Ringen um Kompromisse bei allen Fraktionen gespürt habe – ausdrücklich auch bei der einen besonders großen Fraktion, die auf „stur“ hätte schalten können, um einfach alles andere niederzustimmen. Ich denke, dass so etwas nicht passiert, ist auch ein gutes Zeichen für die Demokratie. Insofern will ich an dieser Stelle im Kreistag auch mal sagen: Vielen Dank an alle für die gute Zusammenarbeit!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bildung für Demokratie könnte also eine Aufgabe für die Zukunft sein – eine vernünftige Finanzpolitik ist eine ganz aktuelle. Und die Kreisumlage ist dabei das große Thema, dass jedes Jahr aufs Neue von uns aufs Korn genommen wird. Ich habe das hier glaube ich schon mal mit „Dinner for one“ und „same procedure as every year“ beschrieben. Aber bisher war es ja auch oft so:

Uns wurden Haushaltsentwürfe vorgelegt, die – vorsichtig ausgedrückt – umfangreiche Luftpolster eingeplant hatten. Am Ende eines Haushaltsjahres konnte dann mit einem positiven Jahresabschluss gegläntzt werden, der im Grunde nur aussagte, dass man nicht alle Luftpolster aufgebraucht hatte. Und der nächste Haushalt wurde dann aufs Neue wieder weiter aufgepustet.

Ich bin sehr glücklich, dass wir da einen Schritt weitergekommen sind. Ausnahmsweise waren wir ja auf breiter Front alle der Meinung, dass wir diesmal deutlich anders planen sollten. Wir haben uns dann ja sogar auf eine erhebliche Senkung der vorgeschlagenen Kreisumlage einigen, sogar mehr, als wir ursprünglich vorgeschlagen hatten.

Rund 5 Millionen Euro weniger Kreisumlage sind auch 5 Millionen Euro mehr in den Kassen der Städte und Gemeinden im Kreis, die genug eigenen finanziellen Herausforderungen gegenüberstehen.

Dazu kommen noch 2,2 Millionen Euro bei der Jugendamtsumlage – auch hier dadurch erzielt, dass man mit einer spitzen Nadel an die besagten Luftpolster herangegangen ist. Noch eine gute Idee, finde ich!

Ganz kurz habe ich mich gefragt, wo diese guten Ideen herkommen. Also warum hat man nicht schon bei der Haushaltsaufstellung anders geplant? Veränderungen in dieser erheblichen Größenordnung müssen doch weitgehend auch da schon als möglich erkannt worden sein. Und ganz kurz habe ich mich dann auch gefragt, ob der 13. September 2020 dabei eine Rolle spielt und es sich hier um einen – ich sag mal – politisch motivierten Kuschelkurs in Richtung der kreisangehörigen Kommunen handelt.

Aber seien wir ehrlich: Dem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul. Diese Maßnahmen sind richtig und sie sind wichtig, der Grund ist mir dabei ganz egal. Insofern: Ich freue mich,

dass wir hier ein Indiz für eine Politik haben, die anerkennt, dass wir im Kreis Coesfeld in einem Boot sitzen. Man spricht ja nicht umsonst von der kommunalen Familie.

Dazu passt übrigens noch gut, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister jetzt die Chance haben, auch persönlich und nicht nur schriftlich Stellung zum Haushaltsentwurf zu nehmen. Zwei haben diese Chance genutzt – eine sinnvolle Neuerung und ein Gewinn für die Beratungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

abgesehen von den großen Zahlen macht für uns in der SPD-Fraktion die Frage der sozialen Balance den wichtigsten Grund aus, ob wir einem Haushaltsentwurf zustimmen können oder nicht. Oder anders gesagt: Einem Entwurf, der diese Balance wahrt oder sogar verbessert, können wir zustimmen. Einem Entwurf, der das nicht schafft, eben nicht.

Ich möchte im Folgenden auf drei Beispiele eingehen, die wir genau unter diesem Gesichtspunkt in der Fraktion diskutiert haben und die für uns letztlich den Ausschlag geben – gemeinsam mit den bereits skizzierten Überlegungen zur Kreisumlage. Um die Spannung etwas zu erhöhen: Es gibt einen Pluspunkt, einen Minuspunkt und ein Unentschieden...

Mit dem Unentschieden fange ich an. Da geht es um die Kitagebühren. Wenn Sie sich mal in Deutschland umschauen: Überall werden diese Gebühren gerade abgeschafft. Zwischen ein und drei gebührenfreien Jahren sind mittlerweile Standard, alle arbeiten daran, ihre Angebote zu verbessern. Alle? Nun ja, wir sind weiterhin das sprichwörtliche kleine gallische Dorf im Münsterland.

Wir in der SPD-Fraktion wollten zumindest einen Einstieg in die Gebührenfreiheit finden, der über die jetzigen Möglichkeiten hinausgeht. Kinder profitieren davon, Eltern profitieren davon, alle wissenschaftlichen Ergebnisse in diesem Bereich sagen das Gleiche: Der Kitabesuch tut allen Beteiligten gut. Aber es ist ein bisschen wie mit Donald Trump und dem Klimawandel: Der ist auch bewiesen, aber trotzdem erkennt das nicht jeder an...

Wir haben also im Ausschuss einen Kompromiss gefunden, den ich „ok“ nennen möchte. „Ok“ ist nicht gut, aber immerhin. Die Kostenschätzung vom Dezernenten Schütt habe ich natürlich gelesen und zur Kenntnis genommen, dass unsere Forderung nicht geschenkt zu haben ist. Sie ist aber eben nicht nur teuer, sondern nach wie vor richtig, finde ich. Geld, das wir für Kinder ausgeben, ist erst mal grundsätzlich gut angelegtes Geld.

Lange Rede, kurzer Sinn: Mehr Mut für einen größeren Schritt wäre schön gewesen, deshalb ist hier auch nicht mehr als ein Unentschieden drin.

Damit,

sehr geehrte Damen und Herren,

komme ich zum Pluspunkt. Da geht es um die Mobilität – eine Kernfrage gleich in zwei Bereichen, nämlich dem Sozialen als auch beim Klimaschutz.

In einem Flächenkreis wie dem Kreis Coesfeld wird sich umweltfreundliche Mobilität nur durchsetzen, wenn sie zum Auto konkurrenzfähig ist. Und das geht über gute Angebote, die die Nutzerinnen und Nutzer ansprechen, und es geht über den Preis. Günstige Angebote tragen erheblich zur Konkurrenzfähigkeit bei, deshalb bin ich froh, dass unser Vorstoß für das 365-Euro-Ticket angenommen wurde. Ich bin überzeugt davon, dass wir damit einen echten Beitrag leisten können.

Und der soziale Aspekt erklärt sich von selbst: Wer sich kein Auto leisten kann oder aus Altersgründen keines fahren kann oder will, ist auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen. Alle diese Gruppen sind auf preisgünstige Angebote angewiesen. Ihnen Möglichkeiten der Mobilität zu geben, ist eine wichtige Aufgabe der Sozialpolitik und sorgt dafür, dass die soziale Balance gewahrt wird.

Damit sind wir dann beim Minuspunkt angekommen. Und das ist die Förderung für den Kinderschutzbund. Ganz ehrlich, es ist wahrlich kein Ruhmesblatt für den Kreistag, dass nur

die SPD-Fraktion und die Grünen nach wie vor gemeinsam dafür kämpfen, dass auch wir im Kreis Coesfeld endlich bei der Bekämpfung von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen vorankommen. Ich kann die Gründe für die Ablehnung einfach nicht nachvollziehen.

Natürlich kann es ums Geld gehen – aber wir verhandeln hier in weit weniger wichtigen Punkten weit größere Summen. Ich verstehe nicht, warum der Schutz von Kindern und Jugendlichen uns dieses Geld nicht wert ist.

Aber gut: Alle Argumente sind in diesem Punkt ausgetauscht, die meisten sogar mehrfach. Wir haben deutlich gemacht, dass wir mehr tun wollen, andere Fraktionen haben deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, die dafür nötigen Mittel zu investieren. Die Karten liegen auf dem Tisch. Ich kann an dieser Stelle nur noch ankündigen, dass die SPD-Fraktion weiter dafür kämpfen wird, dass die Förderung des Deutschen Kinderschutzbundes in die Tat umgesetzt wird – und zwar über 30.000 Euro für Fortbildungen hinaus.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Fazit in Bezug auf die soziale Balance fällt also leider nur zwiespältig aus.

Ebenfalls zwiespältig stellt sich für uns die Frage der Personaldefizite in der Kreisverwaltung dar. Mir ist natürlich klar, dass Personalzuwächse immer besonders stark mit Argusaugen untersucht werden, weil es sich hierbei um langfristig anfallende Kosten handelt. Aber was nützt es uns, wenn es in verschiedenen Bereichen der Verwaltung immer wieder zu Engpässen kommt und die Arbeit liegen bleibt? Das Bauamt ist da ja nur ein Beispiel, auch wenn jetzt alle Kolleginnen und Kollegen wieder an Bord sind und die aufgelaufene Arbeit aufgeholt wird.

Ich glaube, dass die Zeit der Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung vorbei ist. Wenn Sie sich landauf landab umsehen, werden Sie feststellen, dass sich viele Verwaltungen von früheren Sparkursen verabschieden – und zwar aus schlichter Notwendigkeit, weil sie sonst Probleme bei der Aufgabenerfüllung bekommen.

Entsprechend kann ich an dieser Stelle nur dafür werben, dass wir dieses in der AG Personal auch noch mal im Detail diskutieren: Wo brauchen wir welches Personal? Was müssen wir dafür tun und bereitstellen? Was brauchen wir für eine sichere und kompetente Aufgabenerfüllung? Ich bin überzeugt davon, dass wir um diese Fragestellungen auf Dauer nicht drumherum kommen. Also ist es sinnvoll, sich jetzt schon damit zu beschäftigen, bevor wir größere Probleme bekommen.

So viel also zum mahnenden Zeigefinger auf zukünftige Probleme. Und damit zum eigentlichen Fazit.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Waagschale liegt eine für uns in der SPD-Fraktion grundsätzlich zustimmungsfähige Finanzpolitik. Dem steht gegenüber, dass wir uns sozialpolitisch wieder einmal deutlich mehr Mut und größere Schritte gewünscht hätten – zumal die Kosten dafür in einem absolut akzeptablem Rahmen wären.

In der Summe ergibt sich aber trotzdem mehr auf der Plus- als auf der Minus-Seite. Zugegeben: Die Situation bei der Kreisumlage alleine ist ein bedeutsamer Schritt. Zu bedeutsam, als dass wir ein so scharfes Schwert wie die Ablehnung eines Haushaltes hier nutzen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das hier ist der letzte Haushalt der Wahlperiode. Wenn der nächste Haushaltsentwurf in diesem Gremium beraten wird, werden zumindest teilweise andere Menschen hier sitzen, vielleicht wird es andere Mehrheiten geben.

Keine Sorge, der Wahlkampf, der uns bevorsteht, gehört hier nicht hin, ich habe auch nicht vor, damit anzufangen. Für einen Abgesang auf die Wahlperiode ist es auch noch ein bisschen früh, davor haben wir noch gute neun Monate Arbeit vor uns.

Aber bei so einer Haushaltsdebatte darf ich vielleicht schon sagen, dass ich die demokratische Auseinandersetzung hier im Kreistag zu schätzen weiß. Und wie schon gesagt: Die aktuellen Beratungen waren in all ihrer Sachlichkeit sicher auch ein positives Beispiel dafür.

Insofern darf ich Ihnen allen, den Gästen hier im Haus, den Mitgliedern des Kreistags und natürlich den vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises schöne Feiertage wünschen und mich für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr herzlich bedanken.

Vielen Dank.

- - -